

# Die Universität St. Gallen darf wachsen

Stimmberechtigte heissen neuen Campus mit deutlicher Mehrheit gut

Mit einem Zweidrittelmehr hat sich das sankt-gallische Stimmvolk für einen markanten Ausbau der renommiertesten Wirtschaftsuniversität der Schweiz ausgesprochen. Die St. Galler Uni rückt nun ins Stadtzentrum.

JÖRG KRUMMENACHER

Oft wirken Dozierende und Studierende der Universität St. Gallen (HSG) etwas abgehoben. Das liegt daran, dass sie sich zur wirtschaftlichen Elite zählen oder danach streben, einmal zu ihr zu gehören. Grund ist aber auch der Standort der Uni auf dem Rosenberg hoch über dem Stadtzentrum St. Gallens. Weil es dort zu eng geworden ist und die Ausbaumöglichkeiten beschränkt sind, zieht es die HSG nun hinunter, ganz in die Nähe des Stadtzentrums. Am Sonntag hat das kantonale Stimmvolk grünes Licht gegeben für einen neuen Campus am Platztor. Mit 62,9 Prozent Ja-Stimmen fiel die Zustimmung solid aus, ging es doch um einen Investitionskredit von immerhin 207 Millionen Franken. Der Kanton St. Gallen soll dabei 160 Millionen Franken beisteuern, vom Bund werden 25 Millionen Franken erwartet.

## Kaum Opposition

Bei einer mageren Stimmbeteiligung von nur gerade 26 Prozent wurde die Bildungsvorlage deutlich klarer gutgeheissen als das gleichzeitig zur Abstimmung gelangende Klanghaus im Toggenburg. Nur gerade in den beiden Gemeinden Flums und Quartan resultierte eine mehrheitliche Absage sowohl an Bildung wie an Kultur. In der Stadt St. Gallen, die von der HSG naturgemäss am stärksten profitiert, sprachen sich 66 Prozent der Stimmenden für den neuen Campus aus, noch stärker war die Zustimmung beispielsweise in Rapperswil-Jona mit 70 Prozent. Sämtliche Parteien hatten sich hinter das Projekt gestellt, Opposition war kaum auszumachen.

Das war einerseits dem Ruf der HSG geschuldet, andererseits der grassierenden Platznot auf dem bestehenden Universitätsgelände. Regelmässig erreicht die St. Galler Uni Spitzenergebnisse bei den Rankings führender Wirtschaftsfakultäten. Rektor Thomas Bieger weist dabei darauf hin, dass die Mehrzahl der Konkurrenten im Spitzenfeld privat organi-



Die Gebäude der HSG sind für 5000 Studierende konzipiert, zurzeit studieren hier 8700 Personen.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

siert und finanziert seien. Entsprechend dankbar zeigt er sich für die Trägerschaft durch die öffentliche Hand und die Unterstützung durch das Stimmvolk. Als roter Faden zieht sich gleichzeitig der Platzmangel durch die HSG-Geschichte der letzten Jahrzehnte. Der heutige Campus war einmal für 5000 Studierende konzipiert; derzeit sind es 8700. Abgefertigt wird die Raumnot durch Provisorien und abendliche Vorlesungen bis 22 Uhr. Letztmals ausgebaut wurde die Uni im Jahr 2011. Mit der Platznot ist stets auch die Sorge verbunden, wegen der zu knapp bemessenen Infrastruktur Qualitätseinbussen hinnehmen zu müssen und im internationalen Wettbewerb an Konkurrenzfähigkeit einzubüssen. Innovative Lehr- und Lernformen benötigen neue, flexiblere Räume.

## Acht Jahre bis zur Eröffnung

Mit dem zusätzlichen Campus wächst die HSG um 60 Prozent. Er soll Arbeits- und Unterrichtsräume für 3000 Studierende aufweisen und damit wenigstens den

gegenwärtigen Studierendenzahlen einigermassen gerecht werden. Die HSG spricht von Generationenprojekt, Florian Wussmann, der Präsident der Studentenschaft, von einer «Normalisierung der Platzverhältnisse». Allerdings wird es bis zur Fertigstellung noch acht Jahre dauern. Zuerst wird nun ein Architekturwettbewerb lanciert, Baubeginn soll dann im Jahr 2024 sein. Schon heute ist vorzusehen, dass bei Einweihung des neuen Campus 2027 bereits wieder von Platznot die Rede sein wird.

Das Pro-Komitee und die Parteien begrüsst die klare Zustimmung zum zusätzlichen Campus als Bekenntnis zum Bildungs- und Wirtschaftsstandort Ostschweiz. Bevor die HSG neue Räume öffnen kann, hat sie bereits wieder neue Aufgaben erhalten: 2020 startet in Kooperation mit der Universität Zürich der Joint Medical Master mit 40 Ausbildungsplätzen für angehende Mediziner. Und im Rahmen der im Kanton St. Gallen lancierten IT-Bildungs-Offensive ist ab 2021 ein Ausbildungsgang für künftige Kadermitarbeitende im Informatik-

bereich geplant. Im Gefolge des Frauenstreiks ist auch die Forderung nach einem HSG-Lehrstuhl für feministische Ökonomie laut geworden, wobei auch die Care-Arbeit Eingang in den Volkswirtschaftsunterricht finden müsse. Laut Rektor Thomas Bieger werde über solche Ansinnen zwar diskutiert; konkrete Absichtserklärungen lässt sich die HSG aber nicht abringen.

## Der Denktzettel bleibt aus

Nach der Abstimmung vom Sonntag zeigte sich Bieger vor allem erleichtert. Denn die Diskussionen der letzten Monate um Verfehlungen einzelner Professoren und um allzu grosszügige Spesenbezüge hatten am Image der HSG gekratzt und bei der HSG-Leitung Befürchtungen hinsichtlich eines allfälligen Denktzettels des Stimmvolks für die allzu abgehobene Universität aufkommen lassen. Dazu ist es nicht gekommen. Der neue Campus soll ja den Studierenden dienen – und der Nähe der HSG zur Stadt.

## Musikgehör für das Klanghaus Toggenburg

Knappe Ja im Kanton St. Gallen

JÖRG KRUMMENACHER

Kulturprojekte haben es schwer im Kanton St. Gallen – auch wenn es um Volkskultur geht. Nur so ist das relativ knappe Ja des Stimmvolks zum Bau eines Klanghauses oberhalb von Wildhaus zu erklären, das nach fünfzehn Jahren Vorarbeit und mehreren Rückschlägen doch noch realisiert werden kann. 53,7 Prozent der Stimmenden sprachen sich am Sonntag dafür aus. Mehrere vor allem ländliche Regionen aber sagten Nein, insbesondere das Rheintal, das Sarganserland und das Linthgebiet. Die deutlichste Ablehnung resultierte mit 67 Prozent Nein-Stimmen in Rüthi im Rheintal, am wenigsten Gegenstimmen gab es in der Standortgemeinde Wildhaus-Alt St. Johann mit 28 Prozent. Ohne die deutliche Zustimmung im oberen Toggenburg und in den drei grössten Gemeinden des Kantons (St. Gallen, Wil, Rapperswil-Jona) wäre das Klanghaus-Projekt gescheitert. Unter den Regionen des Ringkantons St. Gallen liess sich weder eine gemeinsame kulturelle Identität noch Solidarität ausmachen.

Das Kantonsparlament hatte sich klar für das Klanghaus ausgesprochen; alle Parteien ausser der SVP waren dafür. Für 23,3 Millionen Franken entsteht am Schwendisee oberhalb von Wildhaus nun bis 2023 eine Begegnungs-, Kurs- und Konzertstätte für die im Toggenburg tief verwurzelte Naturtonmusik. Damit entsteht das Zentrum der seit 2003 aktiven Klangwelt-Initiative, die unterhalb der Churfürsten unter anderem einen Klangweg angelegt hat.

Das Haus soll Wellen über die Musik hinaus schlagen, hofft der Präsident der Trägerstiftung, Mathias Müller. Insbesondere soll es den darbedenden Tourismus ankurbeln und frischen Wind ins Tal bringen. So haben sich diverse touristische Anbieter zusammengetan, um das Klanghaus attraktiv ergänzen und vermarkten zu können. Dort soll auch Platz für Seminare und Veranstaltungen sein, die nicht direkt mit Klang und Gesang zu tun haben. Das Toggenburg hofft, dadurch einen Schub zu bekommen – derzeit ist das Tal zusammen mit dem Entlebuch diejenige Region, die im nationalen Vergleich am stärksten auf Transferleistungen angewiesen ist.

Das Klanghaus wird aus Holz gebaut – und es wird zur Hinterlassenschaft des im Frühjahr verstorbenen Zürcher Architekten Marcel Meili. Er hatte zusammen mit seinem Büropartner Markus Peter den international ausgeschriebenen Architekturwettbewerb gewonnen.

## IN KÜRZE

### Proteste gegen Kameruns Präsident in Genf

(sda) · Rund 250 Personen haben am Samstag in Genf gegen den Präsidenten Kameruns, Paul Biya, demonstriert, der gerade im Hotel Intercontinental logiert. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern des Präsidenten. Die Sicherheitskräfte setzten daraufhin Wasserwerfer und Tränengas ein, wie ein Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Keystone-SDA vor Ort berichtete. Es kam zu Zusammenstössen. Die Demonstranten prangern das Regime des 86-Jährigen an. Einer der Organisatoren des Protestes, Robert Wanto, sagte, Biya führe «seine Diktatur nun schon seit fast einem halben Jahrhundert».

### Thomas Heiniger Präsident des Roten Kreuzes

(sda) · Der Zürcher Thomas Heiniger ist zum neuen Präsidenten des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) gewählt worden. Der 62-Jährige löst Annemarie Huber-Hotz nach acht Jahren im Präsidium ab. Heiniger war von 2007 bis 2019 Regierungsrat und Gesundheitsdirektor des Kantons Zürich sowie Präsident der

Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK), wie das SRK mitteilte. Als Vizepräsidentinnen wurden Barbara Schmid-Federer (bisher) und Brigitta M. Gädient (neu) gewählt. Schmid-Federer, bis 2018 für die CVP Zürich im Nationalrat, wird den Schwerpunkt Inland betreiben. Gädient wird für die internationale Zusammenarbeit zuständig sein. Als ehemalige BDP-Nationalrätin hatte sie Einsitz in verschiedensten Kommissionen und Delegationen im Bereich internationale Zusammenarbeit.

### Verletzter nach Schussabgabe in Basel

(sda) · Am frühen Samstagabend ist in Basel ein 21-jähriger Mann durch einen Schuss verletzt worden. Zwei mutmassliche Täter wurden vorläufig festgenommen, wie die Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt mitteilte. Eine Passantin meldete, dass es an der Müllheimerstrasse zu einer Streitigkeit zwischen mehreren Personen gekommen sei. Es sei ein Schuss gefallen. Kurz darauf traf die Polizei einen 21-jährigen verletzten Mann am Bläsiring an. Er wurde durch die Sanität der Rettung Basel-Stadt in die Notfallstation gebracht. Der Verletzte befinde sich nicht in Lebensgefahr, hiess es in der Medienmitteilung der Staatsanwaltschaft.

## Auch Freiburg will die Steuerreform

Angleichung an die Westschweizer Kantone – die Läden bleiben nicht länger offen

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Das Schweizer Steuersystem für Unternehmen wird umgebaut – aber nicht auf einen Schlag. Auf nationaler Ebene hat die Stimmbevölkerung am 19. Mai Ja gesagt zur Paketvorlage, die Steuerreform und AHV-Zusatzfinanzierung verknüpfte. Damit ist klar, dass Statusgesellschaften ab 2020 nicht mehr von – international verpönten – Steuerprivilegien profitieren können.

### Kurzfristige Steuerausfälle

Wie die Kantone diese Rahmenbedingungen umsetzen, ist jedoch noch längst nicht überall geklärt. Seit Sonntag gibt es eine Unbekannte weniger: Die Freiburger Bevölkerung hat mit 55,8 Prozent Ja-Stimmen die kantonale Umsetzung der Steuerreform angenommen. Damit senkt der Kanton den Gewinnsteuersatz von heute 19,86 auf 13,72 Prozent. Für Firmen mit Sonderstatus bedeutet dies – im Gegensatz zu bisher ordentlich besteuerten Unternehmen – eine Erhöhung. Der Steuersatz ist nicht aus der Luft gegriffen, er erklärt sich insbesondere im Vergleich mit anderen West-

schweizer Kantonen. So haben die Kantone Waadt (13,79 Prozent), Neuenburg (13,4 Prozent) und Genf (13,99 Prozent) ihre Gewinnsteuersenkungen schon beschlossen, in der Waadt ist sie sogar bereits in Kraft. Die Befürchtung in Freiburg war nun also, dass Firmen im Falle einer Ablehnung der Vorlage in einen nahen Kanton mit attraktiveren Steuerbedingungen umziehen könnten.

Die Reform dürfte kurzfristig Steuerausfälle in der Höhe von rund 41 Millionen Franken für den Kanton und rund 33 Millionen für Gemeinden und Pfarreien zur Folge haben. Gemäss Staatsrat wird dies mittelfristig aber über die «positiven Auswirkungen», etwa die höhere Dividendenbesteuerung, wettgemacht. Um der Bevölkerung die Vorlage zusätzlich schmackhaft zu machen, hat die Regierung einige soziale Massnahmen über gut 30 Millionen Franken beschlossen, wobei die Unternehmen einen Grossteil berappen. Die Linke war ob dieser «Zückerchen» gespalten, die SP etwa das von der Organisation Attac lancierte Referendum nur knapp.

In der zweiten gewichtigen Vorlage des Tages – der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten – erlitt der Staatsrat hin-

gegen Schiffbruch. Obwohl die Ausweitung nur eine Stunde betragen und sich auf den Samstag beschränkt hätte, sagte die Stimmbevölkerung erstaunlich deutlich Nein (mit 54,6 Prozent).

### Eine Westschweizer Ausnahme

Initiiert worden war die Vorlage von den Arbeitgeberverbänden. Bürgerliche Parteien und die Regierung unterstützten das Vorhaben – unter anderem mit dem Argument, den Ladenbesitzern gegen die Online-Konkurrenz unter die Arme zu greifen. Freiburg ist der einzige Westschweizer Kanton, in dem die Geschäfte samstags bereits um 16 Uhr schliessen müssen.

SP, Gewerkschaften und weitere linke Gruppierungen ergriffen das Referendum und forderten, dass die Branche zuerst einen Gesamtarbeitsvertrag abschliessen müsse. Zudem würden nur die grossen Läden profitieren – was eine Mehrheit der Bevölkerung offenbar gleich sieht. Ganz überraschend kommt das Votum freilich nicht. Bereits 2009 hatte sich der Kanton gegen eine Verlängerung ausgesprochen, und im Dezember musste gar ein Gericht über die Ladenöffnungszeiten in der Stadt Freiburg entscheiden.